

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz: Hitzeschutz für Alle!

Der Sommer dieses Jahr war heiß. Arbeiten im Sommer, wenn Mensch auch am See oder Meer sein könnte, macht sowieso schon wenig Freude. Wenn es dann auch noch am Tag über 30° und in der Nacht über 20° heiß ist, wird jede Schicht eine zusätzliche Qual. Von Hitzeschutz fehlt fast überall jede Spur und die Tipps von „mehr Trinken“ bis „Anstrengungen vermeiden“ sind wenig hilfreich, wenn körperlich gearbeitet werden muss – ob im Krankenhaus, auf dem Bau, in der Landwirtschaft, in Transport und Logistik, aber auch Bürotätigkeiten sind bei diesen Temperaturen unerträglich. Hilfe von der Regierung – Fehlanzeige. Merz wird den Sommer „beobachten“ und weiterhin seinen Urlaub genießen.

Pläne, wie die Bevölkerung zukünftig gegen die steigende Hitze geschützt werden kann, gibt es keine. Gerade in Großstädten wie Berlin staut sich die Hitze besonders. Mehr Grünflächen und Bäume, einen Ausbau des öffentlichen klimatisierten Personenverkehrs, weniger Verkehr, da Autos in Städten Hitzetreiber sind und einen Ausbau von Klimaanlage auf Arbeit sowie öffentlicher Infrastruktur wären erste Maßnahmen. Und es sind Maßnahmen, welche schon längst hätten umgesetzt werden müssen: Forschende warnen bereits seit 60 Jahren vor steigenden Temperaturen, doch weder die Regierung noch die Industrie hat viel dagegen getan. Und das hat auch einen Grund.

Die Umweltsünder

Nur 57(!) Konzerne sind für 80 % des weltweiten CO₂ Ausstoßes verantwortlich. Der Öl-Konzern Exxon Mobil wusste bereits in den 70er Jahren durch eine konzerneigene Studie, wie umweltschädlich die Nutzung fossiler Brennstoffe ist. Ihre Reaktion darauf war es, diese Studie verschwinden zu lassen und gab danach Studien in Auftrag, die den menschengemachten Klimawandel leugnen. Und dies ist nur ein Beispiel. Viel Geld haben diese Konzerne in die Hand genommen, um von ihrer Verantwortung abzulenken. Sie haben Fehlinformationen in die Welt gesetzt, Lügen verbreitet und von ihrer Schuld abgelenkt. Der sogenannte individuelle „CO₂-Fußabdruck“ ist eine Erfindung der Öl- und Gaslobby und soll die Verantwortung der Konzerne auf den Einzelnen ablenken. Statt über ihre Verantwortung zu reden, sprechen wir über „iss weniger Fleisch“, „flieg weniger“, „iss regional“. Das sind alles wichtige Gedanken, aber im Vergleich zur Verantwortung dieser Konzerne leider ein Witz.

Die Folgen tragen wir

Wer muss bei dieser Hitze weiterarbeiten? Wer hat keine Klimaanlage auf Arbeit? Wer darf sich in Zukunft weniger krankmelden? Schon jetzt ist ersichtlich, welche gesundheitlichen Folgen die Hitze hat. An Tagen über 30° gibt es im Durchschnitt 76.500 Krankmeldungen mehr pro Tag. Bis zum 02.08. starben schätzungsweise 12.500 Menschen an der Hitze. Die Hitze bringt das sowieso schon belastete Gesundheitssystem an seine Grenzen. Die Hitze betrifft vor allem auch uns Arbeitenden, weil wir täglich zur Arbeit müssen, weil wir oft in engen, dicht bebauten Wohnquartieren wohnen, oft schlecht isoliert mit wenig Grünflächen. Bei den erwarteten dürre bedingten Ernteaussfällen und den durch Niedrigwasser erschwerten Transport werden die Lebensmittelpreise garantiert weiter steigen. Wir zahlen das Geld für die Klimakrise, die die Kapitalist:innen verursachen.

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

Die Landes- und Bundesregierung kürzt überall. Ob bei Gesundheit, Sozialem oder beim Klimaschutz. Angeblich ist kein Geld da. Dabei werden gerade Milliarden für Aufrüstung ausgegeben. Dieses Geld wird dann woanders eingespart. Wir können nicht erwarten, dass Gesundheitsschutzmaßnahmen auf Arbeit einfach so umgesetzt werden. Wir werden dafür kämpfen müssen. **Am 26.09. gibt es eine Möglichkeit dafür – die Gewerkschaftsdemo gegen den Sozialabbau. Kommt vorbei, der Treffpunkt ist 12 Uhr vor dem IG-Metall Haus in der Alten Jakobsstraße.** Diejenigen, die die Klimakrise verursacht haben, sollen auch dafür zahlen.

Von Kolleg:innen für Kolleg:innen...

Und schon ist sie weg

Kaum hat die Warken ihr Beitragsstabilisierungsgesetz durchgebracht, ist sie nicht mehr Ministerin. Verächtlich lächelnd wischte sie jede Kritik vom Tisch. Skrupellos und mit Tricks verschlechtert sie die Versorgungsqualität und unsere Arbeitsbedingungen. Während wir das ausbaden müssen, macht sie weiterhin Karriere – nur nicht im Gesundheitsministerium.

Wieder einmal

Auch das Land Berlin hat im Bundesrat dieses Gesetz einfach passieren lassen. Damit ist uns erneut die SPD Berlin in den Rücken gefallen. Obwohl sie sehr genau wusste, dass dieses Gesetz die Tarifsteigerungen in den Kliniken begrenzen soll. Das dieses Gesetz zu Personalabbau führen soll. Dieses Gesetz ist nur zu Fall zu bringen mit Streiks für Entlastungstarifverträge in allen Kliniken – in Berlin und ganz Deutschland.

Ahnungslos

Statt Warken ist nun der CDU-Mann Linnemann Gesundheitsminister. Kein Anwalt, diesmal ein BWLer, aber ohne jede Ahnung vom Gesundheitssystem. Vor einem Jahr schloss er daher noch aus, diesen Posten zu übernehmen. Doch was stört ihn sein Geschwätz von gestern. Man darf getrost davon ausgehen, er ist Privatversichert und laut seinem Lebenslauf musste er sich nie Sorgen um Einkommen, Miete, steigende Preise oder drohende Kündigung machen. Was wird von dem zu erwarten sein? Keine Frage, er wird weiter die Axt anlegen an alle sozialen Errungenschaften, die er erreichen kann.

Was das Gesetz für uns bedeutet?

Das erleben wir gerade an der Charité. Sie fährt eine Kampagne gegen unsere Forderungen nach einer Verbesserung des Tarifvertrages Entlastung. Unter Bezug auf die Warken-Gesetze behauptet sie, der bisherige Tarifvertrag sei nicht mehr finanzierbar. Sie bezeichnet unsere Forderungen als überzogen und spielt die Berufsgruppen an der Charité gegeneinander aus. Sie droht sogar mit einem Personalabbau in der Pflege. Also ein Tarifvertrag, in dem eine Mindestbesetzung festgelegt wird, soll nun als Rechtfertigung für den Abbau von Personal dienen. Doch weder Leistungen noch Betten sollen gekürzt werden. Eine Logik, die wohl nur die Charité versteht. Durch die Warken-Gesetze entstehende Defizite, will die Charité durch unsere Überlastung ausgleichen. Den Mut, dafür die Politik in die Pflicht zu nehmen, will das Management nicht aufbringen. Der Entlastungstarifvertrag wurde 2021 mit Streiks durchgesetzt, das müssen wir 2026 wiederholen.

Personalbemessung – ohne Messinstrument

Ganz eilig teilte uns die Charité mit: Die Berechnungen für die PPR2.0 werden ab 2027 nicht mehr stattfinden. Es sei die gesetzliche Grundlage entfallen. Die PPR sollte aus dem Pflegebedarf der Patient:innen eine notwendige Besetzung mit Pflegepersonal errechnen. Doch im Gesetz steht auch, dass die Kliniken weiterhin für eine Personalausstattung sorgen müssen, die eine qualitativ gute Versorgung ermöglicht. Wer sagt nun, was eine notwendige Personalausstattung ist? Das Management. Klar sind ja genügend Jurist:innen dabei, die so richtig Bescheid wissen, was Pflege und Medizin an Leistungen erbringt. Die Personalbemessung für die Ärzt:innen ist

natürlich auch abgeblasen. Tja, liebe Ärzt:innen, Absenkung beim Gehalt und weniger Kolleg:innen. Willkommen an der Charité.

Tarifvertrag umsetzen!

Die CFM will unseren Tarifvertrag verwässern. So berichtet nicht nur die Reinigung von einer zunehmenden Arbeitsverdichtung, auch unser Recht auf Arbeitszeitverlängerung will die CFM nicht richtig umsetzen. Das können wir uns nicht gefallen lassen – deshalb zur CFM-Betriebsversammlung am 16.09.!

64 Tage Streik

Führten zu einem Tarifabschluss bei den Vivantes-Töchtern. Bis 2031 soll in Stufen die Gehaltstabelle des TVöD erreicht werden. Das gegen den Willen der Geschäftsführung und trotz des erneuten Bruchs der Versprechen des Berliner Senates. Das Tarifiergebnis ist sicher kein Grund für große Feiern, aber ohne den Streik und den Zusammenhalt der Belegschaft wäre selbst dieser Abschluss nicht zu erreichen gewesen.

Folgen der DRGs und der Warken Gesetze

Nach Potsdam schließen nun auch in Bernau die Gynäkologie und die Geburtshilfe am dortigen Immanuel-Krankenhaus. Übrigens das Krankenhaus ist Teil der Brandenburger Universitätsklinik. Was braucht es da Gynäkologie und Geburtshilfe?

Das JKB wird privatisiert

Das seit 270 Jahren bestehende Krankenhaus war durch die Krankenhauspolitik in die Insolvenz und nun in die Privatisierung getrieben. Es wird an die Medica Health GmbH verkauft. Medica hat seinen Sitz in der Türkei und möchte auf den europäischen Klinikmarkt vordringen. Einsparungen beim Personal, insbesondere dessen Altersabsicherung, wurden bereits angekündigt.

Huch, es ist Sommer

Im Intranet häufen sich Hinweise auf die Belastung durch Hitze auf den Stationen und in den Büros. Kostenloses Wasser, Ventilatoren, Lüften und lauter solche Tipps werden uns da gegeben. Doch seit Jahrzehnten kommt das Land Berlin nicht seiner Verpflichtung nach, in den Erhalt der Kliniken zu investieren. Auch nicht in den Hitzeschutz. Klar, konnte keiner wissen, dass es auch in Berlin wärmer wird. Laut Kongressen oder Fachartikeln sind wir super vorbereitet. Doch was ändert das an den 35 Grad im Patient:innenzimmer? Nischts. Ist halt auch dafür kein Geld da. Weder für Klimaanlage noch für nachhaltigen Stadtbau mit mehr Schatten und Grünflächen. Doch wo ist es denn nur, das Geld? Bei Großaktionär:innen, Milliardär:innen, Stiftungen, den Rüstungsbetrieben, ...

Wahlen allein ändern nichts, nur unsere Kämpfe

Mal wieder müssen wir in diesem Flugblatt von richtig miesem Zeugs berichten, doch darum rechts wählen? Nein, dass muss nicht sein. Gemeinsam kämpfen wir für eine bessere Zukunft – 05.09. Mietendemo, 12.09. sowie 26.09. Demos gegen sozialen Kahlschlag und bald Streik an der Charité?

Für alle Kolleg:innen aus Tempelhof-Schöneberg ...

Wir treten für die Berliner BVV in Tempelhof-Schöneberg am 20.09.2026 an. „Für eine Welt ohne Grenzen, Krieg und Ausbeutung!“ – So heißt auch unsere Liste.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - Insta: gruppe_vitaminc - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin